

Sinn, Gerlinde; Sinn, Hans-Werner

Article — Digitized Version

Ribhegges Fehlstart: Eine Replik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Sinn, Gerlinde; Sinn, Hans-Werner (1992) : Ribhegges Fehlstart: Eine Replik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 3, pp. 157-158

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136863>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

dieser Lohnformel sind die Arbeitnehmer in Ostdeutschland auf Gedeih und Verderb auf das tarifpolitische Verantwortungsgefühl der Tarifparteien in den alten Bundesländern angewiesen.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Beschäftigten in den neuen Bundesländern diesen Vereinbarungen blindlings zustimmen werden. Welche tarifpolitischen Funktionen haben dann noch die Gewerkschaften in den Tarifbezirken der neuen Bundesländer? Sie sind – im Gegensatz zu ihren Kollegen im Westen – zu einer reinen tarifpolitischen Statistenrolle verurteilt und geraten in eine Legitimationskrise. Es ist deshalb zu befürchten, daß sie entweder versuchen, den Lohnpakt zu brechen, um wieder eine eigenständige Lohnpolitik betreiben zu können, oder sie werden verlangen, an den Tarifverhandlungen im Westen, die auch sie betreffen, beteiligt zu werden. Die Tarifverhandlungen in der Bundesrepublik würden so zentralisiert. Die unlängst von der Deregulierungskommission geforderte notwendige Lohndifferenzierung würde so durch die zentralistische Lohnpolitik erschwert. Der Sinnvolle Lohnpakt führt dazu, daß nicht mehr regional differenziert nach einzelnen Tarifbezirken mit unterschiedlichen Produktivitäten Tarife ausgehandelt werden. Diese regelgebundene Einkommenspolitik hat damit eine beschäftigungshemmende Nivellierung der Löhne zur Folge.

Fazit

Daß im Vereinigungsprozeß wirtschaftspolitische Fehler gemacht worden sind, ist unumstritten. Bei unserem

geringen Wissen über die effiziente Gestaltung des Transformationsprozesses war dies vorauszusehen. Daß diese Fehlentwicklungen offengelegt worden sind, ist auch das Verdienst von G. und H-W. Sinn. Es ist auch zu begrüßen, daß sie einen Vorschlag zur effizienteren Gestaltung des Transformationsprozesses gemacht haben.

Aber auch dieser Vorschlag eines Sozialpaktes für den Aufschwung stellt keine Lösung dar. Zum einen sind die eigentumsrechtlichen Regelungen der Beteiligungsgesellschaft mit den gesetzlichen Mitbestimmungsregeln nur schwer zu vereinbaren, und zum anderen ist der vorgeschlagene Lohnpakt nicht glaubwürdig und einseitig an die ungewisse zukünftige Lohnpolitik der Tarifparteien des Westens gebunden.

Die hier vorgenommene Kritik an diesem Modell ist notwendig, damit kein neuer Mythos im Einigungsprozeß entsteht. So wie vorschnell argumentiert wird, daß, wenn wir auf die Währungsunion verzichtet hätten, die Beschäftigungsprobleme der Transformation wesentlich geringer ausgefallen wären, so ist zu befürchten, daß nun argumentiert wird: Wäre nicht die fatale Politik der Treuhandanstalt gewesen, so hätten wir mit den Beteiligungsgesellschaften die Beschäftigungsprobleme wesentlich besser gelöst. Wir müssen als Ökonomen einfach zugeben, daß wir immer noch relativ wenig über den Transformationsprozeß wissen und über keine Patentrezepte verfügen. Auch in der Zukunft wird es unsere Aufgabe sein, die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Lösungen abzuwägen, in der Hoffnung, wenigstens die schlechtesten zu selektieren.

Gerlinde Sinn, Hans-Werner Sinn

Ribhegges Fehlstart: Eine Replik

Unser Kommilitone Hermann Ribhegge weiß nicht, was er will. In der ersten Hälfte seines Beitrages argumentiert er mit Verve gegen Stimmrechte für Restbeteiligungen, in der zweiten votiert er für solche Stimm-

rechte. Wir werden aus seinen Ausführungen nicht schlau. Jedenfalls wollen wir keine Stimmrechte und haben das auch ausgeführt. Es geht uns bei unserem Vorschlag darum, die private Investitionstätigkeit zu beleben. Stimmrechte wären hinderlich, weil sie die Gefahr einer politischen Einflußnahme auf die Unternehmensentscheidungen vergrößern und Investoren abschrecken würden.

Der Hauptvorteil, den Restbeteiligungen unter Effizienzgesichtspunkten aufweisen, liegt darin, daß den Unternehmen der Kaufpreis in Form haftenden Eigenkapi-

Gerlinde Sinn, Dipl.-Volkswirtin, ist freiberufliche Wissenschaftlerin, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, 43, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.

tals wieder zur Verfügung gestellt wird. Angesichts der Kreditbeschränkungen und der Risikoaversion der Investoren kann von dieser Regelung eine deutliche Beschleunigung der Investitionstätigkeit erwartet werden. Warum nur geht Ribhegge auf dieses Problem nicht ein?

Der Vorwurf, die Restbeteiligungen stellten ein „Linsengericht“ für die ostdeutsche Bevölkerung dar, verkennt, daß die Lohnzurückhaltung starke Wertsteigerungen induzieren wird. Jedes Jahr, um das der Sozialpakt die Lohnverdoppelung verzögert, erhöht den Wert der Restbeteiligungen um einen dreistelligen Milliardenbetrag.

Daß unser Vorschlag die alten Seilschaften begünstigen würde, stimmt nicht. *Alle* früheren Beschäftigten sollen beteiligt werden. Der Stichtag für die Zuweisung von Belegschaftsanteilen muß vor den Beginn der Entlassungswellen gelegt werden. Im übrigen gibt es eben nicht nur Belegschaftsanteile. Auch die allgemeine Bevölkerung soll begünstigt werden.

Ribhegge kritisiert, daß wegen der Wanderungen und Umstrukturierungen der Wirtschaft in Zukunft mit einer kontinuierlichen Abnahme der Korrelation zwischen Beschäftigung und Anteilsbesitz zu rechnen ist, aber, wie er selbst konzediert, werden durch die Entkoppelung von Anteilsbesitz und Beschäftigung die Anreize zur Neubeschäftigung von Arbeitnehmern maximiert. In der Entkopplung die Gefahr sozialen Unfriedens zu sehen, zeugt von übermäßigem Pessimismus. Die Entkoppelung von Besitz und Beschäftigung ist beim Verkaufsverfahren der Treuhandanstalt viel größer als bei unserem Vorschlag.

Sie läßt sich in einer kapitalistischen Wirtschaft nicht vermeiden.

Wie dieses Argument vermögen wir manches andere von dem, was Hermann Ribhegge ausführt, nicht nachzuvollziehen. Großenteils polemisiert er mit emotionsbeladenen Reizworten, deren exakte Beziehung zu unseren Vorschlägen im dunkeln bleibt.

An unserer durch internationale Vergleiche und theoretische Erwägungen erhärteten Kritik an der ostdeutschen Lohnentwicklung kommt jedenfalls auch Ribhegge nicht vorbei. Ostdeutschland kann im nächsten Jahr noch keine japanischen Löhne verkraften! Die Lohnentwicklung droht, die neuen Pflänzchen, aus denen sich die Wirtschaft der neuen Bundesländer entwickeln muß, im Keim zu ersticken, und sie vernichtet, wie die Massenarbeitslosigkeit zeigt, mehr Arbeitsplätze, als für eine effiziente Systemtransformation erforderlich ist. Die geplante Tariflohnentwicklung ist das Ergebnis von Stellvertreter-Verhandlungen, bei denen sich westdeutsche Tarifpartner eine Niedriglohnkonkurrenz im Osten vom Leibe halten wollten. Es muß etwas geschehen, um diese Ergebnisse zu korrigieren. Tariflöhne sind Mindestlöhne, die verbieten, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei niedrigeren Löhnen einigen, doch der Vereinbarung höherer Löhne schieben sie keinen Riegel vor. Angesichts der Ungewißheit über die richtige Lohnhöhe muß in den neuen Bundesländern mehr Lohnflexibilität hergestellt werden, und dies verlangt nun einmal einen Verzicht auf die Tariflohnangleichung bis zum Jahre 1995.

Wir warten nun auf Ribhegges Vorschläge zur Lösung des Problems.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Jan Osers

ZWISCHEN PLAN UND MARKT

Die Suche nach einer humanen Wirtschaft

Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus geht die vorliegende Studie der Frage nach, ob die „samtenen Revolutionen“ in Osteuropa das unwiderruffliche Ende des „Sozialismus“ bedeuten oder ob nicht eine neue Diskussion um den Sozialismus, die theoretische Konzeptionen schonungslos auf ihre Realisierbarkeit und Menschlichkeit zu prüfen haben wird, doch wertvolle Anregungen zu einer weiteren Demokratisierung und Humanisierung unserer heutigen Ordnungen leisten kann. Die Auseinandersetzungen des Autors mit verschiedenen ordnungspolitischen Modellen geht dabei weit über einen rein intellektuellen Diskurs hinaus.

Großoktav,
209 Seiten, 1991,
brosch. DM 64,-
ISBN 3-87895-399-2

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG